

pressekonferenz 3 (apa)

hinsichtlich des artikels 27, absatz 2, der jugoslawien das recht einraeumt, oesterreichische vermoegenswerte auf jugoslawischem gebiet zu beschlagnahmen, und die oesterreichische regierung verpflichtet, in diesem fall an die frueheren besitzer entschaeudigungen zu bezahlen, erklaerte aussenminister dr. figl, es sei bei der botschafterkonferenz im protokoll festgehalten worden, dass dieser punkt des staatsvertrages hinfaellich wird, wenn die laufenden zweiseitigen verhandlungen mit jugoslawien zu einem uebereinkommen fuehren. auf eine frage, ob sich der staatsvertrag auf die oesterreichisch-juedischen entschaeudigungsverhandlungen auswirken werde, erklaerte bundeskanzler raab, dass diese verhandlungen im laufen sind und, wie er glaube, zu einem ergebnis fuehren werden.

hinsichtlich eines teilweisen abzuges von besatzungstruppen und freigabe bisher beanspruchter gebaeude in der zeit zwischen der unterschrift und dem inkrafttreten des staatsvertrages seien zwar keine vereinbarungen getroffen, es koenne aber angenommen werden, dass im laufe der vorbereitung des abzuges der besatzungstruppen eine teilweise freigabe von gebaeuden erfolgen kann. die einreise mit propuska nach oesterreich wird bis zum inkrafttreten des staatsvertrages moeglich bleiben. ebenso bleibt vorlaeufig der alliierte rat weiterhin in funktion.

die verhandlungen ueber eine neuregelung der schulfrage in kaernten gehen weiter und werden durch den artikel sieben des staatsvertrages ueber die rechte der slowenischen und kroatischen minderheiten nicht beruehrt, da auch bisher schon die bestimmungen des vertrages von st. germain ueber den minderheitenschutz angewendet wurden.

zu einer ganzen reihe von fragen, wie etwa die ueber die form der beabsichtigten neutralitaetserklaerung, ueber die frage der aufnahme oesterreichs in die uno, einen allfaelligen beitritt zur montanunion usw., mussten die beiden regierungschefs erklaeren, dass darueber noch nichts beschlossen sei.

ebenso beantwortete der bundeskanzler eine frage, welche plaene die bundesregierung ueber die aufstellung des bundesheeres, die besetzung der stellen im officerskorps usw. habe, mit der lakonischen bemerkung: "wir muessen uns erst einmal ausschauen", was lebhaft heiterkeit erregte. auf eine frage, ob jetzt, nach unterzeichnung des staatsvertrages, veraenderungen in der regierung geplant seien, erklaerte der bundeskanzler trocken: "mir ist nichts davon bekannt". (schluss) 1333 mzi+

1353 pp